

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chief-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Klagen der Hausbesitzer.

Die Rundgebung des deutschen städtischen Haus- und Grundbesitzes gegen seine steuerliche Überlastung, die am Montag in der Bismarckhalle stattfand, hat zweifellos an eine Reihe von Mängeln unserer öffentlichen Einrichtungen gerührt. Schon die große Zahl der Teilnehmer, nicht minder aber die erregte Stimmung der Versammelten ließ erkennen, daß es sich nicht etwa um übertriebene Klagen von Steuerdrückbelegern handelte. Auch, wenn man gewisse Einzelheiten, die sich nur zu leicht einstellen, wenn eine Klasse von Interessenten über ihre Lage sich unterhält und ihre Beschwerden formuliert, in Abzug bringt, wird man doch zugeben müssen, daß in den vorgebrachten Beschwerden über die übermäßige Belastung des städtischen Haus- und Grundbesitzes ein berechtigter Kern liegt. Den städtischen und vielfach auch den ländlichen Grundbesitzer drückt heute tatsächlich der Schatz recht empfindlich. Und gerade, wo wie wir sich immer mit großer Entschiedenheit gegen angelegliche Mißstände der Steuerpolitik formuliert, in Abzug bringt, wird man doch zugeben müssen, daß in den vorgebrachten Beschwerden über die übermäßige Belastung des städtischen Haus- und Grundbesitzes ein berechtigter Kern liegt. Den städtischen und vielfach auch den ländlichen Grundbesitzer drückt heute tatsächlich der Schatz recht empfindlich. Und gerade, wo wie wir sich immer mit großer Entschiedenheit gegen angelegliche Mißstände der Steuerpolitik formuliert, in Abzug bringt, wird man doch zugeben müssen, daß in den vorgebrachten Beschwerden über die übermäßige Belastung des städtischen Haus- und Grundbesitzes ein berechtigter Kern liegt.

Die unbegründete Aufregung.

Ein Telegramm des Reichskanzlers.

Aus verschiedenen Teilen Deutschlands einlaufende Nachrichten lassen erkennen, daß dort das Publikum ziemlich nervös ist und allen möglichen Alarmgerüchten Beachtung schenkt. Wie es genöhnlich geht, zeigt sich diese Nervosität gerade in einem Augenblick, wo die Gefahr sich bereits außerordentlich vermindert hat, und wo man in unterrichteten Kreisen mit großer Bestimmtheit an eine friedliche Beilegung aller noch ungelösten Konfliktsfragen denken darf. Deutschland im Verein mit den anderen nicht direkt beteiligten Großmächten eine internationale Erörterung der schwedischen Streitfragen für aussichtsreich hält, und es ist in der Tat durchaus anzunehmen, daß aus dieser gemeinsamen Erörterung sich Vorschläge ergeben werden, denen auch die österreichisch-ungarische Regierung zustimmen kann. Das wird wesentlich dazu beitragen, daß der Jar jetzt erstlich die vermittelnde offizielle russische Politik unterstützt, und daß die panslawistische Nebenströmung am russischen Hofe an Boden verliert. Die Nervosität, die sich besonders auch in Ostpreußen gezeigt, aber, wie hingewiesen werden darf, keineswegs den Charakter einer Panikstimmung angenommen hat, hat offenbar den Oberpräsidenten v. Windheim bewegt, sich an den Reichskanzler zu wenden. Herr v. Bethmann-Hollweg hat darauf dem Oberpräsidenten ein Telegramm zugesandt, das heute mitteilend in Königsberg veröffentlicht worden ist. Unser Königsberger Korrespondent berichtet uns:

Korrespondenten soll sich Serbien mit einem nördlich gelegenen Hofen begnügen und bereit sein, als Südgrenze seines neuen Gebietes eine Linie von Rodoni bis Dibra anzunehmen. Diese Nachrichten erhöhen das Gefühl der Erleichterung, das hier vorherrschte und das auch durch die Möglichkeit eines Abbruchs der türkisch-bulgarischen Verhandlungen nicht getrübt wird.

Sortdauer der Waffenstillstandsverhandlungen.

Konstantinopel, 28. November.
Für heute wird eine neue Besprechung der österrischen und bulgarischen Unterhändler erwartet. Über die Beschlüsse des gestrigen Ministerrats, der bis Mitternacht der „Agence Citomane“ bekannt gemacht wurde, ist nichts bekannt. Ein heute früh ausgegebenes Communiqué der „Agence Citomane“ besagt: „Die Unterhändler hatten gestern bei 12 Uhr die Verhandlungen abgebrochen. Heute vormittag zehn Uhr wird eine zweite Zusammenkunft stattfinden. Die Bevollmächtigten beschließen die Fortsetzung der Verhandlungen. Der „Sobah“ schreibt, daß Verhandlungen der bulgarischen Delegierten laße erfolgen, daß Bulgarien Bedingungen stellt, die eine Verständigung ermöglichen.“

m. Königsberg, 28. November. (Privat-Telegramm)
Bei dem Oberpräsidenten v. Windheim ist heute nachfolgendes Telegramm des Reichskanzlers eingetroffen:
„Euer Excellenz mitteilen ich in der vorliegenden Provinzial- und Kreispresse und sonstigen Mitteln der dort ansässigen herrschenden Kriegsaufregung, die durch nichts gerechtfertigt ist, entgegenzutreten, und die Presse dahin zu instruieren, daß alarmierende Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen dies- und jenseits der preußisch-russischen Grenze jeder Grundlage entbehren. Deutscherseits sind keinerlei besondere militärische Maßregeln ergreifen, auch sind bisher noch keine Nachrichten über russische militärische Maßnahmen eingegangen, die deutsche Gegenmaßregeln veranlassen.“

Diese telegraphische Erklärung wird nun hoffentlich die überhörschlichen Gemüther etwas beruhigen. In Königsberg scheint diese Beruhigung auch bereits eingetreten zu sein. Selbst wenn man eine weitere Zuspitzung des Konfliktes zwischen Oesterreich und Serbien für nicht ganz ausgeschlossen halten will, so bleibt das doch immer eine rein österreichisch-serbische Angelegenheit. Sobald Serbien sich auch an die Mahnungen und Vorschläge der russischen Regierung nicht hält, hat Russland an einem Eingreifen in einen solchen Konflikt keinen Grund und keine Veranlassung mehr, und gegen ein solches Eingreifen Russlands spricht auch die Haltung der anderen beiden Tripartitentemächte und sprechen die guten Beziehungen, die zwischen Deutschland und Russland bestehen.

P. B. Sofia, 28. November.
In bulgarischen Regierungskreisen scheint man die Differenz zwischen Oesterreich und Russland sehr optimistisch zu betrachten. Jedenfalls wird eine Einwirkung auf die Verhandlungen an der Tschataladschalinie als ganz ausgeschlossen bezeichnet. Über die gestrige Besprechung wurde gestern Abend nach dem Ministerrat nur bekannt, daß die Delegierten sehr lange beraten haben, und es wurde berichtet, daß Meldungen von hier über die Bedeutung nicht eingetroffen sind. Hier wird davon gesprochen, daß die Türkei Serbiens abtreten wird, das, wie mir gesagt wird, Bulgarien abgelehnt hat. In wenig wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen abgelehnt werden, das, wie mir gesagt wird, Bulgarien abgelehnt hat. In wenig wahrscheinlich, daß diese Verhandlungen abgelehnt werden, das, wie mir gesagt wird, Bulgarien abgelehnt hat.

VA Paris, 28. November.
Die Nachrichten über den Stand der bulgarisch-türkischen Verhandlungen widersprechen sich sehr. Nach den neuesten Meldungen unterbrochen die Verhandlungen nicht abgebrochen worden, sondern nur auf die allzu selbstbewusste Haltung der türkischen Regierung hingewiesen. Minister Nordungarum hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bulgaren nicht auf Adrianopel bestehen würden. Nach Pasha geht noch weiter und, die nach Konstantinopel telegraphiert, daß Verhandlungen nicht möglich sind, bevor nicht die Bulgaren das türkische Gebiet geräumt hätten (?), und mit Entsetzen liest man die Meldung eines englischen Korrespondenten, daß die türkischen Soldaten auf ihrem Weg die Inhaft tragen: „Sofia oder der Tod.“

Konstantinopel, 28. November. (M. T. B.) Der verlaufene, verhalten bei der gestrigen Sitzung die ottomanischen Bevollmächtigten bei ihrer Forderung nach einer Grenzlinie, die hinter das Gebiet hinter der Linie Saloniki-Rizkiffike, die beiden Städte unterliegen, läßt. Die verhandelten Balkanstaaten bestanden auf der Grenzlinie Gros-Sarajibida.

Der Andrang an den Sparkassen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
m. Königsberg, 28. November.
Die umlaufenden Gerüchte über den angeblichen Sturm auf die Sparkassen sind sehr übertrieben. Allerdings hat vorgestern und gestern ein größerer Andrang bei den Sparkassen stattgefunden, und auch heute ist trotz der Beruhigungsberichte die von Seiten der Behörden und der Presse ausgesandte, der Andrang der englischen Sparern ein ziemlich großer. Jedoch ist der „Mun“ weitaus geringer als jener, der im Vorjahre gelegentlich der Marktkrisis stattgefunden hat. Veranlassung zu der Beunruhigung haben die ganz unzulässigen Gerüchte über eine Mobilisierung des 1. und 20. Armeekorps — quodlibet, weil keinerlei militärische Maßnahmen getroffen wurden — und weiter die Zeitsache, daß zahlreiche russische Flakstellungen über die Grenze kommen, die meistens im Grenzgebiete verbleiben und in deren Kreisen die wilden Gerüchte ihren Ursprung nehmen. Die Stadtvorordnetenversammlung beschäftigte sich gestern auch gleichfalls mit den Vorfällen. Der Regierung der Sparkassen, Bürgermeister Runel nahm Veranlassung, nochmals zu erklären, daß kein Grund zu irgendwelchen Besorgnissen vorliegt.

Eine beruhigende englische Erklärung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
A. London, 28. November.
In einer Information des englischen Botschafters wird heute eine halbamtliche Rundgebung über die europäische Lage veröffentlicht. Danach verleihe die Unterredung zwischen dem Baron und österreichischen Vizekonsul Grafen Thurn in Jaroslaw Selo außerordentlich befriedigend. Es könne über Russlands friedliche Absichten kein Zweifel mehr bestehen. Dieser Umstand, sowie die von Oesterreich formell ausgesprochene Ansicht, die Regelung der österreichisch-serbischen Schwierigkeiten sei nach Beendigung des Krieges zu verhandeln, löste die Grundlage für eine friedliche Lösung aller Fragen. Weiter wird erklärt, es wird in britischen offiziellen Kreisen große Verliebtheit über den anbauende, selbstlose Gilt empfunden, welche die englische Regierung in ihren Bemühungen um eine friedliche Regelung der Schwierigkeiten bei den Großmächten finde. In diesen Kreisen herrsche deshalb der Eindruck vor, daß kein Zwist zwischen den Großmächten zu erwarten sei, der die Frucht entziehen könnte, es würden ernsthaft Bemühen zwischen den Großmächten entstehen. Die neuesten Informationen bestätigten diesen Eindruck. Man habe allen Grund zu glauben, daß ein Weg zur Lösung aller Fragen schnell gefunden werden dürfte. Die Berichte, daß Deutschland seinen eigenen Weg gehe, seien falsch. In der Wilhelmstraße sei der britische Standpunkt, das Nachsehen von Nebenfragen scharf zu mißbilligen, mit Befriedigung aufgenommen worden. Die deutsche und die

s. Wien, 28. November.
Die ganz unbegründete Kriegsfurcht führte dazu, daß gestern von den städtischen und politischen Sparkassen 200.000 Mark abgehoben wurden. Die Abhebungen dauern heute fort.

Eine serbische Konzeption in der Adriafrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
VA Paris, 28. November.
Der serbische Ministerpräsident Palschitzki, der durch seine Redebehaftung schon so viel Schaden angerichtet hat, findet jetzt endlich einmal ein verhältnismäßig weiches Wort. Er erklärte dem Spezialkorrespondenten des „Matin“: „Wir machen den Besitz von Durrazzo nicht zu einer conditione sine qua non.“ Nach diesem

Die Hausbesitzerberufung hat sich mit großer Entschiedenheit gegen angelegliche Mißstände der Steuerpolitik formuliert, in Abzug bringt, wird man doch zugeben müssen, daß in den vorgebrachten Beschwerden über die übermäßige Belastung des städtischen Haus- und Grundbesitzes ein berechtigter Kern liegt. Den städtischen und vielfach auch den ländlichen Grundbesitzer drückt heute tatsächlich der Schatz recht empfindlich. Und gerade, wo wie wir sich immer mit großer Entschiedenheit gegen angelegliche Mißstände der Steuerpolitik formuliert, in Abzug bringt, wird man doch zugeben müssen, daß in den vorgebrachten Beschwerden über die übermäßige Belastung des städtischen Haus- und Grundbesitzes ein berechtigter Kern liegt.

Über die Wirkungen der Wertzuwachssteuer sind wohl die Ältern noch nicht gefolgt. Das es eines längeren Zeitraum bedürfen würde, ehe sich der Grundbesitz mit ihr verhalten, ließ sich voraussehen. Auch ist es vielfach mehr auf die Nachwirkungen älterer Ausstellungen zurückzuführen, wenn heute konstatiert werden muß, daß die Lage des städtischen Grundbesitzes in einer Zeit, in der auf allen anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens ein Aufschwung stattgefunden hat, geradezu heillos ist. Dieser Kalamität werden die Behörden und Volkswirtschaftler nicht werden, die sich zwischen diesen beiden Dingen befinden. Es ist ein Jammer, daß die Umfänge der Grundbesitzes immer höher gekraut wurden. Der Reichs-umfänglich ist verdoppelt worden, und diese Verdoppelung besteht noch immer, obgleich das Reich die Wertzuwachssteuer ebenfalls erhöht. Daneben erhebt aber auch der preussische Staat einen Umfänglich von einem Prozent. Den gleichen Betrag erheben nun wieder die Kreis- und endlich nimmt sich die Gemeinde auch noch einmal ein Prozent vom Umfänglich. Das macht dann beispielsweise in den Vororten Berlins schon drei und zwei Drittel Prozent des Kaufpreises aus. Rechnet man die sonstigen mit einem Hauskauf verbundenen Kosten hinzu, so kommt man bereits zu mehr als vier Prozent des Kaufpreises, die natürlich vom Käufer auf den Käufer geschlagen werden müssen, während der Verkäufer, soweit er überhaupt einen Gewinn erzielt hat, in der Regel die Wertzuwachssteuer zu tragen hat, die natürlich unter Umständen noch weit über die Kosten des Käufers hinausgeht.

Doch damit nicht genug. Wenn man bei einem Prozent, was vom wirklich bezahlten Kaufpreis berechnet wird, immer noch die Kosten des Besondereigenschaften einermachen überlegen kann, bringt die Berechnung der Umfänglichheit in das Immobiliengeschäft. Denn der gemeine Wert wird zwar nie niedriger als der Kaufpreis angenommen, aber in sehr zahlreichen Fällen geht er weit darüber hinaus. Ein Käufer, der ein städtisches Grundstück vielleicht zu vierhunderttausend Mark erworben hat, erstarkt nachher zu seinem höchsten Erlaunen, daß der gemeine Wert des Grundstücks fünf hunderttausend Mark beträgt. Er ist vielleicht sehr erfreut darüber, ein so gutes Geschäft gemacht zu haben und stellt den Kommünen ein neuerworbener Grundstück zu diesem gemeinen Wert freiwillig zur Verfügung. Aber so ist es nicht gemeint. Die Kommünen denken gar nicht daran, diesen gemeinen Wert wirklich anzulegen, wohl aber berechnen sie nach diesem gemeinen Wert den irgenzigen Kommünalwert ausgehend, hat zunächst den Umfänglichwert und weiterhin die Grundsteuer. Mit anderen Worten, dem Grundbesitzer wird über seinen Willen ein Gewinn in seine Tasche gelogen, den er nicht realisieren kann, der aber am höheren Steuerdruck recht empfindlich zu spüren bekommt.

Vielleicht wäre es verfehlt, daß an sich gesunde Prinzipien des gemeinen Wertes völlig zu vernachlässigen und dem gemeinen Wert mit dem Wade auszufolgen. Aber so, wie heute der gemeine Wert ermittelt wird, bedeutet er eine unbillige Härte gegen den städtischen Haus- und Grundbesitz. Nimmt man alle übrigen Belastungen des Grundbesitzes hinzu, so wird man allerdings zu dem Ergebnis kommen müssen, daß hier für viel verbesserungsbedürftig und nicht bloß die Grundbesitzer, sondern nicht minder die Mieter angeht, da schließlich die Zahl doch wieder auf die Mietpreise der Wohnungen abzuheben wird, wenn auch vielfach erst, nachdem einzelne Hausbesitzer ruinirt worden sind. Die Belastung der städtischen Haus- und Grundbesitzer liegt berat in argen und ist vielfach so unbillig, daß eine Reduktion von gewissen wichtigsten Materie sich nicht länger von der Hand weisen läßt.